

Erster Stadtrat Piellusch referiert über Rechtsextremismus

Wunstorf. Angst schüren und Empörung erzeugen: Mit diesen Mitteln gehen rechtsextreme Parteien auf Stimmenfang. Dies erläuterte der Erste Stadtrat Carsten Piellusch am Donnerstagabend in seinem Vortrag. Das Thema „Rechtsextremismus in Deutschland“ lockte viele Besucher ins Rote Lehmhaus.



Sieben rechtsorientierte Taten in Wunstorf

Eine Definition für Rechtsextremismus gebe es nicht, erläuterte der Ordnungsdezernent. Ihre Ideologie zeichne sich durch Demokratiefeindlichkeit aus. Die Staatsform und ihre Repräsentanten werden verunglimpft. Ziel sei, die freiheitliche demokratische Grundordnung des Grundgesetzes zu beseitigen. Rund 25.000 Personen (Stand 2018) zählen bundesweit zum Kreis der Rechtsextremen. Die Hälfte davon sei als gewaltbereit einzustufen. Bei den Straf- und Gewalttaten bilden Körperverletzung (938), Propagandadelikte (12.404), Sachbeschädigung (905) und Volksverhetzung (4652) den Schwerpunkt. Sieben rechtsmotivierte Taten habe es 2018 in Wunstorf gegeben, teilt die Pressestelle der Polizeidirektion Hannover auf Nachfrage mit.

AfD nutzt Unzufriedenheit der Bürger

Die älteste rechtsextremistische Partei ist die NPD. Sie besitzt in Niedersachsen rund 250 Mitglieder. In den bundesdeutschen Landtagen ist sie nicht mehr vertreten. Stimmen hat sie an die AfD verloren, die sich als Ziel Regierungsverantwortung gesetzt hat. Sie stelle sich als Alternative zu herkömmlichen Parteien dar, referiert Piellusch. Dafür nutze sie die Unzufriedenheit der Bürger mit politischen Entscheidungen. „Wir zeigen euch, wie es richtig geht“, lautet die Antwort der AfD. Bei der Kommunalwahl in Wunstorf (2016) erzielte die AfD einen Stimmenanteil von 10,2 Prozent.

Empörung hilft nichts

Wie viele Rechtsextreme in Wunstorf leben, konnte Piellusch nicht sagen. Er appellierte an die Wunstorfer Politiker ein politisches Vakuum zu verhindern. Dies entsteht beispielsweise durch Schließung von Jugendeinrichtungen. Die AfD könnte die Gelegenheit nutzen und ein eigenes Angebot schaffen. Auch mit Musik, Konzerten und im Internet versuchten rechtsextreme Parteien Sympathisanten zu gewinnen.

Sie inszenieren geschickt Grenzüberschreitungen und damit entsprechende Berichterstattung in den Medien. „Empörung hilft nichts. Sie ist der Nährboden für die AfD“, stimmte auch Zuhörer Bernd Riedel zu. Für seine Aufforderung: „Empöre dich nicht über jeden Scheiß“, ertete er kräftigen Applaus.

Politikerin kritisiert Verrohung der Gesellschaft

Ein Zuhörer äußerte seine Sorge, dass durch Bedrohung von Politikern durch Rechtsextreme niemand mehr dieses Amt ausüben möchte. SPD-Politikerin Kirsten Riedel prangerte die Verrohung der Gesellschaft und Sprache an. Sie könne nicht verstehen, wie in sozialen Netzwerken gejubelt werde, wenn Menschen im Mittelmeer ertrinken.

Piellusch, der in seiner Funktion als Erster Stadtrat auch für die Feuerwehr zuständig ist, stellte daraufhin die Frage: „Wieso brauchen wir Schutzfolien vor Gaffern bei Unfällen?“ Er forderte auch zu einer gemäßigten Sprache auf, um unterscheidbar zu sein. Begriffe wie „Messermigration“ sollten auch von Zeitungen nicht übernommen werden, um nicht irgendwann zum normalen Sprachgebrauch zu gehören.

Von Rita Nandy